

Motion

Die gesetzlichen Grundlagen, namentlich das Gesetz über die politischen Rechte, wird wie folgt geändert:

- Kandidat*innen für National- und Ständerat legen ihre finanziellen Verhältnisse, ihre Interessenbindungen und die Spenden für ihre Wahlkampagne in geeigneter Form offen. Schwerwiegende Verstösse können mit einem Ausschluss von der Wahl oder einer Annullierung der Wahl geahndet werden.
- Die Mitglieder der Vereinigten Bundesversammlung legen ihre finanziellen Verhältnisse und ihre Interessenbindungen offen. Verstösse werden mit Busse oder Ausschluss vom Parlament bis zur Korrektur der Angaben geahndet.
- Für Mitglieder der Vereinigten Bundesversammlung gilt eine Obergrenze für private Einkünfte neben der gesetzlichen Entschädigung als Parlamentarier*in.